

Rechtsfragen

Stornokosten bei Schullandheimaufenthalten und Klassenfahrten

Eine an den Schulen und an den Verwaltungsgerichten immer wiederkehrende Problematik ist die Kostentragungspflicht für ganz oder auch nur teilweise abgesagte Landschulheimaufenthalte und Klassenfahrten. In den meisten Fällen geht es um die Frage, ob das Land Baden-Württemberg oder die Schüler die Kosten zu tragen haben. Aber auch für die Lehrkraft, die den Vertrag abschließt, besteht die Gefahr, für die Kosten einstehen zu müssen, ohne vom Dienstherrn Ersatz dieser Kosten zu erlangen. Dies zeigt zum Beispiel ein Urteil des VGH Kassel vom 25. Januar 1989 (1 UE 102/84), nach dem der Lehrer die Stornokosten zu tragen hatte.

I. Allgemeine Grundsätze

Regelmäßig ist es die Lehrerin/der Lehrer, die/der den Vertrag mit dem jeweiligen Beherbergungs- oder Beförderungsunternehmen schließt. Obwohl die Lehrkraft eigentlich im Namen der Eltern beziehungsweise bei Volljährigkeit im Namen der Schüler handelt, geht man davon aus, dass die Verträge im Zusammenhang mit der Durchführung außerunterrichtlicher Veranstaltungen von den Lehrkräften für das Land abgeschlossen werden, das heißt das Land Baden-Württemberg wird Vertragspartner. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Lehrkräfte bei Vertragsabschluss im Rahmen der bestehenden Vorschriften halten (hierzu II. Vertragsabschluss) Rechtsstreitigkeiten aus dem abgeschlossenen Vertrag mit den Beförderungs- und Beherbergungsunternehmen werden vom Land Baden-Württemberg auf dem Zivilrechtsweg (Amtsgericht bzw. Landgericht) geführt. Die Abwicklung der zivilrechtlichen Ansprüche wie zum Beispiel Minderung, Schadensersatz und Ähnliches durch das Land bedeutet sowohl eine Erleichterung für die Schüler/Eltern als auch für das Unternehmen, da nur ein Ansprechpartner vorhanden ist und keine Zahlungsschwierigkeiten befürchtet werden müssen.

Unabhängig davon, dass das Land Vertragspartner wird, liegt im Innenverhältnis zwischen Land und Schülern/Eltern das Teilnahme- und Kostenrisiko und damit die Kostenübertragungspflicht grundsätzlich auf der Schülerseite. Schullandheimaufenthalte sind nicht von der Schulgeldfreiheit umfasst. Der Schüler kann deshalb nur dann teilnehmen, wenn seine Eltern sich bereit erklären, die Kosten, die aus dem durch den Lehrer zu schließenden Vertrag entstehen, zu übernehmen.

Diese Pflicht gilt nicht nur dann, wenn der Aufenthalt wie geplant durchgeführt werden kann, sondern grundsätzlich auch für den Fall, dass es zu einer Stornierung (z.B. wegen einer Krankheit des Schülers) kommt.

Streitigkeiten im Zusammenhang mit den Kosten der Veranstaltungen zwischen „Schule“, das heißt dem Land Baden-Württemberg und den Schülern beziehungsweise den Eltern sind auf dem Verwaltungsgerichtsweg zu klären. Es handelt sich um eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit i. S. V. § 40 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), da der Anspruch des Landes gegen die Schüler/Eltern im öffentlich-rechtlichen Schulverhältnis wurzelt. Der Schullandheimaufenthalt ist eine außerunterrichtliche Veranstaltung der Schule, die – ebenso wie der reguläre Schulunterricht – der Förderung des Erziehungs- und Bildungsauftrags dient. Sofern Eltern sich also weigern, die entstandenen Kosten für den Landschulheimaufenthalt (bzw. die Stornokosten) zu bezahlen, muss das Land – vertreten durch das Oberschulamt – den ausstehenden Betrag beim Verwaltungsgericht einklagen.

Grundregel sollte deshalb sein, dass ein Schüler nur dann an der Fahrt teilnimmt, wenn der geschuldete Betrag tatsächlich bereits gezahlt wurde. Der Zahlungstermin sollte deshalb einige Zeit vor der Abfahrt liegen, damit eventuell ausstehende Beträge noch eingefordert werden können.

II. Vertragsabschluss durch die Lehrkraft

Damit durch den Vertragsabschluss die Gefahr einer Eigenverpflichtung der Lehrkraft gebannt wird und tatsächlich eine Verpflichtung des Landes eintritt, sollte die Lehrerin/der Lehrer unbedingt darauf achten, dass eine wirksame Bevollmächtigung vorliegt und der Wille, für einen anderen zu handeln, deutlich wird.

1. Bevollmächtigung zum Vertragsabschluss

Außerunterrichtliche Veranstaltungen werden grundsätzlich in der Klassenpflegschaft beraten. Die einzelnen Erziehungsberechtigten müssen der Teilnahme an der Veranstaltung ausdrücklich zustimmen (VwV außerunterrichtliche Veranstaltung, II, 6) und sich bereit erklären, die Kosten, die durch die Teilnahme ihres Kindes entstehen, zu übernehmen. Im Regelfall reicht die Zustimmung eines Elternteils.

2. Handeln im Namen anderer

Die Lehrerin/der Lehrer muss deutlich machen, dass sie/er nicht im eigenen Namen, sondern im Namen der Schüler beziehungsweise ihrer gesetzlichen Vertreter oder der Schule handelt; dabei ist es nicht erforderlich, dass die einzelnen Schüler beziehungsweise deren Eltern namentlich bekannt sind. Es empfiehlt sich aber, zum Beispiel bei Vertragsabschluss den Briefkopf der Schule zu verwenden oder den Schulstempel anzubringen.

3. Genehmigungspflicht

Vor Vertragsabschluss ist die Genehmigung des Schulleiters einzuholen (VwV Außerunterrichtliche Veranstaltung, K.u.U. S. 554/1995, II., 3.)

4. Vertragsklauseln über Kostenübertragungspflicht

Unter Umständen enthält der Vertrag mit dem Reise- oder Transportunternehmen eine Bestimmung, wonach dem vertragsschließenden Vertreter, hier der Lehrkraft, eine eigene Haftung oder Einstandspflicht auferlegt wird. Diese Klauseln sind nach § 11 Nr. 14a des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) zulässig, wenn die Verpflichtungserklärung vom übrigen Vertragstext deutlich getrennt, in ihrer Formulierung klar und unmissverständlich ist, und auch eine gesonderte Unterschrift verlangt wird. Ist eine solche Klausel im Vertrag enthalten, ist es für die Lehrkraft umso wichtiger, dass die Voraussetzungen für die wirksame Bevollmächtigung und das Handeln als Vertreter vorliegen. Nur so ist später ein Rückgriff auf Schüler/Eltern möglich.

III. Umfang und Kostentragungspflicht der Stornokosten

1. Nichtteilnahme einzelner Schüler

Die Nichtteilnahme einzelner Schüler aus persönlichen Gründen, zum Beispiel Krankheit, lässt die Pflicht zur Zahlung von Stornokosten unberührt. Dies ergibt sich aus dem Sinn und Zweck der Anmeldung zur Klassenfahrt unter Berücksichtigung der Interessenlage der am Schulverhältnis Beteiligten. Die Kostenübernahmeerklärung der Schüler/Eltern dient nicht nur dazu, die Kostentragungspflicht festzulegen, sondern es soll zugleich sichergestellt werden, dass die Kostenbelastung für die Teilnehmer möglichst gering und überschaubar bleibt (Grundsatz der Kosten-sicherheit). Mit der teilweisen Überwälzung von

anteiligen Kosten anderer Angemeldeter wäre eine Kalkulierbarkeit für Schüler und Eltern nicht gewährleistet.

2. Nichtdurchführung der gesamten Reise

Bei der Nichtdurchführung der Reise sind die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) zum Reisevertragsrecht und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Vertragspartner maßgebend. In der Regel enthalten diese Bestimmungen zu den Stornierungsfristen und Stornierungskosten. Die Kostentragungspflicht hängt davon ab, wer für die Absage der Veranstaltung die Verantwortung trägt. Liegt die Ursache in der Sphäre der „Schule“, können in angemessenem Rahmen Stornierungskosten pauschal (d.h. ohne Nachweis, dass die Kosten tatsächlich entstanden sind) vom Veranstalter geltend gemacht werden. Sind die Pauschalen nicht angemessen, muss sich der Vertragspartner ersparte Aufwendungen beziehungsweise anderweitige Nutzungsmöglichkeiten anrechnen lassen. Bestehen keine besonderen Vereinbarungen, muss bei unverschuldetem Ausfall der Reise der Reisepreis nicht gezahlt werden.

Bei einer Kündigung des Vertrages aufgrund höherer Gewalt (z.B. einer Naturkatastrophe oder politischer Unruhen am Zielort) ist entsprechend der Regelung in §651j Abs. 2 BGB eine Risikoverteilung zwischen Reiseveranstalter und Reisenden vorzunehmen. Diese kann dazu führen, dass Stornierungskosten zwischen beiden aufzuteilen sind. Eine Kündigung aufgrund höherer Gewalt kann in der Regel erst vorgenommen werden, wenn das Auswärtige Amt vor Reisen warnt oder eine Warnung durch das Ministerium erfolgt ist.

Sieht man das Land oder den Schulträger als Vertragspartner an, liegt das Kostenrisiko im Verhältnis zu den Schülern und Eltern bei diesen, wenn die Reise von der Schule abgesagt wird, zum Beispiel bei Erkrankung der begleitenden Lehrkräfte.

IV. Schlussbemerkung

Sind aufgrund der Nichtdurchführung der Reise oder Nichtteilnahme einzelner Schüler tatsächlich Stornokosten angefallen, lohnt es sich in der Regel, Kontakt mit dem Beförderungs- oder Beherbergungsunternehmen aufzunehmen, um über die Höhe der Stornokosten zu verhandeln. Oft zeigen sich die Unternehmen kulant. Schließlich haben sie kein Interesse daran, ihre guten Kunden – die Schulen – zu verlieren.

Angela Eder, Rechtsassessorin,
Oberschulamt Stuttgart